



HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN UNION DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE DU CANTON DE BERNE

Berner Handelskammer

An die Medien des Kantons Bern (per Fax)

Steuergesetzrevision 2008; Regierungsentscheid für ein doppeltes Ja bzw. die Unterstützung des Volksvorschlages

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern beurteilt den heutigen Regierungsratsentscheid als bedenklich und gegen die Interessen des Kantons Bern und dessen Volkswirtschaft gerichtet.

Im März beschloss der Grossrat eine Revision des Steuergesetzes, um die Einkommensteuer für alle Bürgerinnen und Bürger zu senken, die Vermögenssteuern zu reduzieren und eine Teilbesteuerung auf qualifizierten Beteiligungen einzuführen. Die Revision soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten wobei Bestimmungen, welche zu Mindereinnahmen bei den Kantons- und Gemeindesteuern führen, erst ab 2009 wirksam werden. Bei den Kantonssteuern wird im Steuerjahr 2008 ein Rabatt auf der Einkommenssteuer gewährt.

Gegen die massvolle und voll finanzierte (gemäss Finanzdirektion) Vorlage, welche bloss darauf abzielt, die Position des Kantons Bern im schweizerischen Vergleich leicht zu verbessern, wurde von links-grüner Seite ein so genannter Volksvorschlag eingereicht. Damit sollen die Steuerzahler gegenüber der Grossratsvorlage (ab dem Jahr 2009) mit 51 Millionen Franken mehr belastet werden.

Der Regierungsrat beantragt nun dem Grossen Rat, für die Volksabstimmung vom Februar 2008 eine doppelte Ja-Parole zu beschliessen und den Volksvorschlag zu bevorzugen.

Angriff auf den Mittelstand und die Wirtschaft

Der HIV findet den Beschluss der Regierung, den Volksvorschlag zu bevorzugen, bedenklich. Offensichtlich wurden rein ideologische Überlegungen höher gewichtet als die Interessen des Kantons Bern und dessen Volkswirtschaft. Erstaunlich ist auch, dass der Regierungsrat den Einkommenssteuertarif des Grossen Rates, welcher nota bene dem ursprünglichen Regierungsantrag entspricht (!), nun nicht mehr priorisiert. Dies steht auch im Widerspruch zur Strategie zur Förderung der Wirtschaft (Wachstumsstrategie). Es ist leider eine Tatsache, dass die Unternehmen bei der Rekrutierung von Kadermitgliedern grosse Schwierigkeiten haben. Sofern überhaupt die Bereitschaft besteht, in den Kanton Bern zu ziehen, muss diese mit zusätzlichen Entschädigungen zum Ausgleich des Steuernachteils teuer erkaufte werden. Viele gut Situierte ziehen es grundsätzlich vor, ausserhalb des Kantons Wohnsitz zu nehmen. Diese Situation hat sich seit dem Ausbau der Eisenbahnverbindungen massiv verschärft. Die Folgen dieses Standortnachteils sind Wirtschaftsschwäche, ein Verlust an Steuersubstrat und zusätzliche Pendlerbewegungen.

Auch der Vermögenssteuertarif des Volksvorschlages ist ein Angriff auf den Mittelstand. Von den rund 200'000 Personen (knapp die Hälfte der Steuerpflichtigen), die im Kanton Bern Vermögenssteuern bezahlen, würde der Volksvorschlag 155'000 Personen gegenüber der Grossratsvorlage schlechter stellen!

Keine Teilnahme mehr an den Sitzungen der Volkswirtschaftskommission

Der HIV (jeweils vertreten durch den Präsidenten und den Direktor) wird bis auf Weiteres an den Sitzungen der Kantonalen Volkswirtschaftskommission (beratendes Organ des Volkswirtschaftsdirektors) nicht mehr teilnehmen. Wenn elementarste Anliegen der Wirtschaft kein Gehör finden, so machen solche Gremien wenig Sinn.

Für weitere Auskünfte steht zur Verfügung:

Niklaus J. Lüthi, Präsident HIV, Tel 079 311 16 54

Adrian Haas, Direktor HIV, Tel. 079 717 24 24

Bern, 20. September 2007